

BAYERNKURIER

DEUTSCHE WOCHENZEITUNG FÜR POLITIK · WIRTSCHAFT UND KULTUR

Jahrgang 39 / Nr. 37

München, den 17. 9. 1988

Preis 2,20 DM/20,- 68/2300 Lire/2,40 sFr./8,- FF/52,- bfr/185 Pta

FRANZ JOSEF STRAUSS:

Von deutscher Verantwortung

Ich bin als Bayerischer Ministerpräsident gerne zum Tag der Heimat gekommen, weil ich meine Heimat Bayern liebe und daher allen verbunden bin, die ihre Heimat lieben. Darum fühle ich besonders mit denen, die ihre Heimat gegen ihren Willen verlassen mußten. Ich bin überzeugt, daß demjenigen wesentliche Grundlagen für das Verständnis der Welt fehlen, der seine Heimat nicht kennt. Ein ausgeprägtes Heimatbewußtsein und aufgeklärte Weltoffenheit sind keine Gegensätze, sondern sie bedingen und ergänzen sich gegenseitig. Liebe zur Heimat hat nichts mit kleinlicher Engstirnigkeit oder empatischem Überschwang der Gefühle zu tun. Sie läßt uns im Gegenteil erkennen, wie stark jeder von seiner Heimat geprägt ist.

So ist auch der Tag der Heimat das Gegenteil von dem, was böswillige Propaganda behauptet:

Keine bedrohliche Ansammlung von Menschen, die auf Rache und Vergeltung sinnend, sondern die Zusammenkunft von Landsleuten, die ihrer geliebten Heimat gedenken und die mit der Bewahrung und Überlieferung der Geschichte und Kultur ihrer Heimat einen unschätzbaren Dienst für unser ganzes deutsches Vaterland erfüllen.

Der Tag der Heimat ist keine Veranstaltung einer immer älter und kleiner werdenden Generation, sondern ein mächtiges Bekenntnis zu Heimat und Selbstbestimmungsrecht, dem sich immer mehr junge Menschen anschließen und dessen Wirkung in der Zukunft fortauern wird.

Was die Heimatvertriebenen verloren haben, weiß ich als Ministerpräsident eines Landes, das über 2 Millionen Menschen nach dem Zweiten Weltkrieg aufgenommen hat. Wir haben damals das Leid vieler Menschen, vieler zerrissener Familien aus der Nähe miterlebt. Wir haben aber auch mit Bewunderung verfolgt, welche Leistungen die Heimatvertriebenen beim Aufbau unserer Wirtschaft gerade in Bayern und beim Aufbau unseres freiheitlichen demokratischen Rechtsstaates erbracht haben. Bayern, aber auch viele andere Länder der Bundesrepublik Deutschland und die Niedersachsen und Schleswig-Holstein, haben den Vertriebenen viel zu verdanken.

Gerade für Bayern kann ich heute sagen, daß der Einzug der modernen Zeit und der anhaltende wirtschaftliche Aufstieg ohne die Vertriebenen, vor allem die Gruppe der Sudetendeutschen, nicht möglich gewesen wäre.

Dafür gebührt ihnen uneingeschränkter Dank. Der Freistaat Bayern hat in Anerkennung der von den Heimatvertriebenen und Flüchtlingen erbrachten Leistungen und als äußeres Zeichen der bald schon eingetretenen engen Verbindung mit den Einheimischen 1954 die Schirmherrschaft über die Sudetendeutschen als den vierten bayerischen Stamm übernommen und dies 1962 besonders verbriefte. Im Jahre 1978 folgte die Übernahme der Patenschaft für die Landmannschaft Ostpreußen.

Wir alle stehen zum Heimatrecht als einem Grundrecht. Wir verlangen auch, daß die Heimat uns ein Leben ermöglicht, das unseren Vorstellungen von einer demokratischen, freien und menschenwürdigen Gesellschaft entspricht. Selbst wenn die Regierung eines der Ostblockstaaten, aus denen Deutsche vertrieben wurden, heute sagen würde: Wir sehen ein, daß es ein Unrecht war, die Deutschen zu vertreiben, wir drücken unser Bedauern aus, und wir läßt es ein, wiederzukommen, dann ist die Frage der Rückkehr nicht das Hauptproblem.

Denn diejenigen, die dann in ihre ehemalige Heimat unter den heutigen Lebensumständen, den heutigen gesellschaftlichen und politischen Zwängen zurückgehen, die könnte man wahrscheinlich leicht abzählen. Wer würde schon in die ehemalige Heimat zurück-

kehren, solange ihm dort für uns selbstverständliche Menschen- und Bürgerrechte verweigert werden, er den politischen und gesellschaftlichen Zwängen des »realen Sozialismus« mit seinen entsetzlichen wirtschaftlichen und sozialen Folgen ausgeliefert wäre.

Unser Auftrag ist es daher, die Verhältnisse in Europa friedlich, aber mit nicht nachlassender Zähigkeit und mit langem historischem Atem so zu gestalten, daß alle Menschen in ihrer angestammten Heimat unter menschenwürdigen Bedingungen leben können.

Es macht die starke Ausstrahlung und Anziehungskraft der Bundesrepublik Deutschland bis weit hinein in die Länder des Ostblocks aus, daß wir im freien Teil Deutschlands ein Höchstmaß an persönlichen Entfaltungsmöglichkeiten garantieren können. Bestätigt wird das nicht zuletzt durch die in den letzten Monaten stark angestiegenen Zahlen der Zuwanderer und Spätaussiedler.

Die Ursachen des Abwanderungsdruckes werden oft auf das Wohlstandgefälle zwischen Ost und West reduziert. Aber so einfach liegen die Dinge nicht. Wer sich damit befäßt, muß auch nach den Ursachen der miserablen Lebensverhältnisse fragen. Da gibt es den untraglichen Hochmut der Behörden, die fehlenden Leistungsanreize, die mangelnde Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, die störrische Glanzlosigkeit des Lebens und die zeitige Ode des real existierenden Sozialismus und nicht zuletzt den Mangel an kultureller Freiheit, die bis zur Unmöglichkeit gesteigerten Schwierigkeiten, das kulturelle Erbe zu bewahren.

Die Verhältnisse in den Ostblockstaaten sind in den letzten Jahren nicht besser, sondern immer schlechter, teils unerträglich geworden. In Rumänien kommt die notwendigen beruflichen Eingliederungsmaßnahmen. Wir müssen aber auch für diesen Personenkreis ausreichende Wohnungsmöglichkeiten schaffen. Was in den Jahren 1945 bis 1948 in einem zerstörten Land möglich war, muß erst recht heute in unserer reichen Bundesrepublik Deutschland möglich sein.

Die Möglichkeiten der Deutschen in den Ostblockstaaten, frei zu entscheiden, ob sie bleiben oder übersiedeln wollen, können nur gewahrt bleiben, wenn wir weiterhin an der einheitlichen deutschen Staatsangehörigkeit festhalten. Diese gehört zu den Rechtspositionen der Deutschlandpolitik, die das Bundes-



Bild: BAV

Bei der zentralen Veranstaltung zum diesjährigen »Tag der Heimat«, der in Berlin stattfand, wurde der Bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauss vom Bund der Vertriebenen mit der »Plakette für Verdienste um den deutschen Osten« und das Selbstbestimmungsrecht ausgezeichnet. EdV-Präsident Dr. Herbert Czoja überreichte die Auszeichnung. Strauß nahm in seiner Rede, die auf dieser Seite in wesentlichen Auszügen veröffentlicht wird, in umfassender und grundsätzlicher Weise zur deutschen Frage Stellung.

muß die notwendigen Hilfen und Unterstützungen für eine wirksame Eingliederung erhalten. Dazu gehören die schulische und sprachliche Förderung und die notwendigen beruflichen Eingliederungsmaßnahmen. Wir müssen aber auch für diesen Personenkreis ausreichende Wohnungsmöglichkeiten schaffen. Was in den Jahren 1945 bis 1948 in einem zerstörten Land möglich war, muß erst recht heute in unserer reichen Bundesrepublik Deutschland möglich sein.

Die Möglichkeiten der Deutschen in den Ostblockstaaten, frei zu entscheiden, ob sie bleiben oder übersiedeln wollen, können nur gewahrt bleiben, wenn wir weiterhin an der einheitlichen deutschen Staatsangehörigkeit festhalten. Diese gehört zu den Rechtspositionen der Deutschlandpolitik, die das Bundes-

verfassungsgericht in mehreren Urteilen bestätigt hat. Ausgehend vom Willensvereinigungsgebot des Grundgesetzes in seiner auf mein Betreiben von Bayern erstrittenen Entscheidung zum Grundlagenvertrag am 31. Juli 1973 eindeutig die rechtlichen und politischen Vorgaben einer Deutschlandpolitik für jede Bundesregierung definiert.

Das Deutsche Reich besteht rechtlich fort.

Die vier Mächte tragen weiterhin Verantwortung für Gesamtdeutschland. Es gibt nur eine einheitliche deutsche Staatsangehörigkeit, die zugleich die Staatsangehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland ist.

Die DDR ist zwar Völkerrechtssubjekt, aber im Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland nicht Ausland.

Auch die Ostverträge haben nichts an der völkerrechtlichen Lage Deutschlands und an der Viermächteverantwortung für ganz Deutschland geändert. Sie sind Gewaltvertragsverträge und keine Grenzenerkennungsverträge völkerrechtlicher Art. Über die Grenzen Deutschlands kann erst in einem Friedensvertrag mit einem wiedervereinigten Deutschland endgültig entschieden werden.

Diese deutschlandpolitischen Rechtspositionen, auf die wir uns im Strohziegel nach Wiederherstellung der nationalen Einheit stützen, sind mit den Rechten und der Verantwortung der vier Mächte aufs engste verbunden. Es liegt daher in unserem eigenen Interesse, daß sich gesamteuropäische Initiativen stets innerhalb dieses bestehenden rechtlichen Rahmens bewegen.

Verantwortungsbewußte Deutschlandpolitik setzt nicht nur Klarheit über die eigenen Rechtspositionen voraus, sie erfordert auch die Bereitschaft, mit Wirklichkeitssinn und zäher Ausdauer Mög-

lichkeiten für politisches Handeln zu suchen und wahrzunehmen. Es gibt nicht nur die Alternative,

— entweder die Frage der Teilung Deutschlands ohne Rücksicht auf weltpolitische Gegebenheiten ununterbrochen als Verhandlungsgegenstand anzunehmen oder

— das Schicksal der deutschen Nation in Unfähigkeit sich selbst zu überlassen.

Drei Aufgaben sind uns gestellt:

— Die Lösung praktischer Fragen im Interesse aller Deutschen.

— die Erhaltung des Willens zur Wiederherstellung der nationalen Einheit und

— eine Politik, die langfristig zur Lösung der deutschen Frage führt. Die von mir seit 1982/83 initiierte Deutschlandpolitik hat wichtige Erfolge gebracht, mit denen die schmerzlichen Folgen der Teilung Deutschlands wenigstens gemildert, mit denen die Bindungen und Verbindungen zwischen den Menschen in Deutschland erhalten, festigt und gestärkt werden konnten. Wir müssen den Willen zur Wiederherstellung der nationalen Einheit in unserem Land erhalten.

Ich sehe aber heute in unserem Land, bei unseren Mitbürgern in der Bundesrepublik Deutschland zwei unterschiedliche Strömungen:

— diejenigen, bei denen das Interesse an der nationalen Einheit immer mehr abnimmt, weil sie keine Perspektiven hierfür sehen und

— die anderen, bei denen das Nachdenken über Deutschland erheblich an Eindringlichkeit gewonnen hat, weil sie Orientierung über ihre personale Identität suchen.

Mit großer Sorge beobachte ich die erste Strömung. Nach einer vom Bundesinnenminister in Auftrag gegebenen Umfrage ist der Nationalstolz der Deutschen in der Bundesrepublik Deutschland nicht sehr ausgeprägt. Es muß nachdrücklich stimmen, wenn fast die Hälfte unserer Mitbürger der Nationalhymne und der Bundesflagge als dem Symbolen nationaler Solidarität und Identität gleichgültig gegenüberstehen.

Wir können weder von unseren Verbündeten noch von unseren Nachbarn im Osten, im Norden, im Westen und im Süden erwarten, daß sie für unser nationale Anliegen eintraten, wenn die Deutschen selbst nicht in historischer Geschlossenheit für die Einheit ihres Vaterlandes sind. Wir haben dann auch keine allzu starke Legitimation bei Gesprächen mit dem Osten. Ich bedauere es zu tiefst, daß nicht nur eine Partei, die eine sympathische Farbe mißbraucht, sondern auch Persönlichkeiten innerhalb der historisch verordneten sozialdemokratischen Partei, das Wiedervereinigungsgebot öffentlich preisgeben. Ich fordere alle politischen demokratischen Kräfte auf, im Interesse der Wahrheit, des Rechtes und der friedlichen Entwicklung einer demokratischen Zukunft Europas an der Einheit Deutschlands festhalten und sie als politisches Ziel mit allem Nachdruck zu vertreten.

Mit Freude bemerke ich heute aber, daß eine andere Strömung nach an Kraft gewinnt, welche die Frage der nationalen Identität mit allen ihren Inhalten zu ihrem Thema macht. Das wird auch vom Ausland, vor allem von unseren europäischen Nachbarn mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Noch Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre stieß jeder Ablehnung der bei uns die Begriffe »Vaterland« oder »Nation« gebrauchte. Der furchtbare Mißbrauch patriotischer Begriffe während der Nazi-Herrschaft hat sich wohl erst eine Generation später voll ausgeprägt. Ich brauche nur daran zu erinnern, wie die Bayerische Staatsregierung und vor allem meine Partei angefeindet und diffamiert wurden. Völlig zu Unrecht wurde uns vorgeworfen, daß wir mit der Klage zum Grund-

DIESE WOCHE
ANLAGE GEGEN BRESCHEWS SCHWIEGERSOHN
Seite 8

ENERGIEPOLITIK
SPD auf dem Irrweg
Der Traum vom Ausstieg ist unrealistisch.
Seite 3

BONN
Bundeshaushalt
Bericht über die Parlamentsdebatte und Aussprüche aus der Rede von Theo Waigel
Seite 3

PROZESS IN MOSKAU
Glasnost
Anklage gegen Breschnevs Schwiegersohn
Seite 8

ARBEITSKAMPF
Neue Denkanstöße
Rechtsexperten machen einen Gesetzesvorschlag.
Seite 10

OLYMPISCHE SPIELE
Einst und jetzt
Von der Antike über Coubertin bis Seoul.
Seiten 13 und 14